

# Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig Das Volksblatt für Stadt und Land Belegnummer 10 Goldpf.

Erstclass. wochentag. Der Bezugspreis beträgt für die Zeit vom 1.-31. Juli 0,90 Goldmark. - Anzeigenpreisgebühren: Die 10 spaltige Wochensatzzeile 1,10 Goldmark. Stellenaufträge und Angebote 0,08 Goldmark. Finanz- und	Rebaktions-Geräuf Zeichen 459	Pro fide et patria	Geschäftsstellen-Geräuf Zeichen 458	ämtliche Anzeigen 0,90 Goldmark. Werbeanzeige 0,40 Goldmark. Dauerverträge werden nur zum Tagespreis berechnet. Redaktion und Geschäftsstelle Zeuthen D.-S., Bismarckstraße 9
---	----------------------------------	-----------------------	--	--

## Wiederaufnahme der Nicumverhandlungen.

### Der Papst als Schiedsrichter. - Zu dem Konflikt Macdonald-Herriot.

#### Neueste Nachrichten.

An Stelle der zunächst nur für Nordwestdeutschland gezahlten Föderationssteuer soll nunmehr in der Zeit vom 12. bis 15. September eine Föderationssteuer für ganz Deutschland in Hannover stattfinden.

Macdonald hat das ihm angebotene Ehrenpräsidium der Völkervereinigung abgelehnt.

Das Reichskabinett hat die bereits angekündigte Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2,5 auf 2 Prozent angenommen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage geht jetzt an Reichsrat und Reichstag.

In Amsterdam ist der internationale Städtebund gestern abend geschlossen worden.

Gestern morgen begann in England der Bergarbeiterstreik, obwohl verschiedene Arbeitgeber in der Provinz Lohn erhöhungen zugesagt haben, um den Streik zu vermeiden.

#### Der Papst als Schiedsrichter im amerikanisch-japanischen Streitfall.

Paris, 7. Juli. „Information“ meldet aus Tokio: Eine japanische Mission wird sich nach Rom begeben, um dem Papst den amerikanisch-japanischen Streitfall wegen des Einwanderungsgesetzes zu unterbreiten.

#### Serbisch-italienischer Konflikt.

Wien, 7. Juli. Wie die Reichspost aus Belgrad meldet, haben, nach einer Mitteilung der Abendblätter, bei der Adelsberger Grenze italienische Soldaten den südlawischen Finanzwächter Sofole verhaftet und auf italienisches Gebiet entführt.

#### Aufstand in Südbrasilien.

Paris, 7. Juli. Wie Santos aus Mon-

#### Nochmalige neue Nicumverhandlungen.

Man rechnet damit, daß das Sachverständigen-Abkommen noch bis zum 1. August erledigt werden könnte, so daß also nochmalige neue Nicum-Verhandlungen in der bisherigen Form stattfinden müßten, wenn nicht am 1. August ein vertragloser Zustand eintreten soll. Man glaubt, daß sich das Unterausschuss des Sachverständigen-Gutachtens noch längere Zeit über den 1. August hinausziehen wird, zumal auch neuerdings die Möglichkeit einer Verschiebung der zum 16. beabsichtigten Londoner Konferenz um 8 Tage sich zu verfestigen scheint.

Essen, 7. Juli. Da die Verträge des Zweckerbundes der Metall-Industrie der besetzten Gebiete am 15. Juli ablaufen, werden die Nicum-Verhandlungen über eine Verlängerung mit den nächsten Tagen stattfinden. Der Zweckerbund wird unter allen Umständen eine weitgehende Ermäßigung der Zollgebühren verlangen, da die Metallindustrie keine Aufträge vorzunehmen hat und infolge der hohen Zölle auch in Zukunft keine Aufträge zu bezeichnen haben wird.

#### Keine Zweidrittelmajorität notwendig.

Die parlamentarische Erledigung des Sachverständigen-Gutachtens ist naturgemäß abhängig von den Ergebnissen der Komiteeverhandlungen der Sachverständigen. Erst nach ihrem Abschluß, der voraussichtlich erst Mitte des Monats erfolgt, kann die Reichsregierung die bereits vorbereiteten Gesetzesentwürfe in einer endgültigen Fassung vorlegen. Das Kabinett wird, wie von gutunterrichteter Seite verlautet, zunächst eine Entscheidung des Justizministeriums darüber herbeiführen, ob die Gesetzesentwürfe, die mit dem Sachverständigen-Gutachten zusammenhängen, Verfassungsänderungen sind, also einer Zweidrittelmehrheit im Reichstage bedürfen. Man ist im Kabinett der Ansicht, und diese Ansicht wird auch seit Langem in parlamentarischen Kreisen geteilt, daß die Gesetzesentwürfe eine

Fassung erhalten können, die die Zweidrittelmehrheit des Reichstages für ihre Bewirkung nicht erforderlich machen. Es wird angenommen, daß das Justizministerium ein Gutachten in der Richtung abgeben wird, daß sowohl hinsichtlich der Eisenbahnen als auch hinsichtlich der Eisenbahnen die verfassungsgewärtigen Bestimmungen, beispielsweise in eine Aktiengesellschaft, bereits von dem früheren Reichstag beschlossen worden sind, und daher für die Umwandlung des Reichstages als nicht erforderlich für die Bewirkung des Sachverständigen-Gutachtens angesehen wird. In den Parteien der Mitte und bei den Sozialdemokraten findet diese Auffassung schon Zustimmung.

#### Für die kommunale Selbstverwaltung.

Eine Tagung der Landesparlamentarier verschiedener Provinzen in Kiel erzielte Einverständnis gegen die in letzter Zeit durch Gesetzgebung und Veranlassung erfolgende Verdrängung der Selbstverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere der Provinzialverbände. Die

Landesdirektorenkonferenz wiederholt die Ansicht, daß eine stark preussische Staatsregierung unter Ablehnung einer Autonomie der Provinzen unbedingt erforderlich ist. Damit steht eine Fortentwicklung der provinziellen Selbstverwaltung durchaus im Einklang.

#### Die Billigung der Reichspolitik.

Aus Berlin wird uns von unserem Vertreter geschrieben:

Die Beratungen, die die Reichsregierung dieser Tage mit den Chefs der Länder, den Staats- und Ministerpräsidenten führte, gaben zu einer vollkommenen Billigung der Reichspolitik durch die Regierungen der Länder geführt. Die Einmütigkeit wurde nur durchbrochen durch den Vertreter von Mecklenburg-Schwerin. Herr von Brandenburg, der deutschnationale Leiter der Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat diesmal der Reichspolitik die Zustimmung verweigert, nachdem er allerdings bei der vorangehenden Ministerpräsidentenkonferenz den Standpunkt der Reichsregierung zur Frage der Außenpolitik ebenfalls teilhaftig billigte. Dafür wurde Herr von Brandenburg freilich von in seinem Lande maßgebenden Kreisen beehrt heruntergezogen, daß er sich zum Rücktritt veranlaßt sah und erst die Berücksichtigung weiterer Wohlfahrts im Sinne der Wähler hat ihm die erneute Übertragung des Amtes ermöglicht. Nun freilich mußte offenbar Herr von Brandenburg auch einen deutschen Beweis dafür liefern, daß er sich den deutschnationalen Kreisen fügt, und so entzog er sich der Zustimmung. Es ist sehr bedauerlich, muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß diese großen wichtigen Lebensfragen, um die sich die letzten Besprechungen und Entschlüsse der Staatschefs mit den Leitern der Reichsregierung drehten, in diesem Fall nicht unter dem Gesichtswinkel der Staats-, sondern einer reinlichen Parteipolitik sich abspielten, bei der die Sorge um den Amtsposten eine nicht geringe Rolle spielte.

Im übrigen haben die Beratungen zu einer einheitlichen Stellungnahme im Sinne der vorliegenden Reichsregierung bisher einvernehmlichen Politik geführt. Das ist umso bemerkenswerter, als diese Politik auch der vor kurzem neugewählte deutschnationale Staatspräsident von Württemberg bestätigt hat, was die hiesigen und